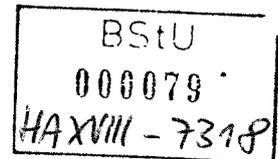


Berlin, 11. Oktober 1989



I n f o r m a t i o n
zur Entwicklung der Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW im Zeit-
raum 1986 - 1990

Informationen zur Entwicklung der Zahlungsbilanz gegenüber dem
NSW besagen:

Seit 1986 haben sich die Probleme in der Zahlungsbilanz bedeutend
verschärft. Die Verschuldung der DDR ist von ./ 25,9 Mrd. VM
Anfang 1986 auf ./ 41,8 Mrd. VM Ende 1989 angestiegen, d. h. in
4 Jahren um 61,4 %. Die Zahlungsfähigkeit der DDR konnte nur mit
wachsenden Anstrengungen und unter immer komplizierteren Bedingungen
gesichert werden.

Die notwendige Aufnahme von Bargeldkrediten u. a. Finanzierungs-
quellen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von ca. 10 Mrd. VM auf
über 20 Mrd. VM.

Die entscheidende Ursache dieser negativen Entwicklung liegt in der
ungenügenden Exportentwicklung, da der NSW-Export in den Jahren
1986 - 1988 auf einem Niveau von 11,5 bis 11,6 Mrd. VM jährlich stag-
nierte und erst 1989 eine leichte Steigerung auf ca. 12,2 Mrd. VM
(ca. 6 % Steigerung) erfährt.

Es wird eingeschätzt, daß die Exportziele des Fünfjahrplanes 1986 -
1990 um 14 Mrd. VM unterschritten werden.

Demgegenüber wird die beschlossene Linie im NSW-Import um ca.
8 Mrd. VM überschritten. Der Import stieg von 1985 mit 8,9 Mrd. VM
auf 11 Mrd. VM und wird lt. voraussichtlichem Ist 1989 eine Grös-
senordnung von 12,4 Mrd. VM erreichen, d. h. es erfolgte eine
Steigerung zu 1985 um 39,3 %.

Die getätigten NSW-Importe wurden zum überwiegenden Teil für Ma-
terialversorgung bzw. Konsumtion eingesetzt und nicht für die tech-
nische Neu- und Ersatzausrüstung in der verarbeitenden Industrie.

Schwerwiegend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Abhängigkeit bei wichtigen Material- und Versorgungspositionen gegenüber dem NSW nicht gesunken, sondern gestiegen ist.

Diese sich negativ vollzogene Entwicklung beim Export und Import gegenüber dem NSW führte dazu, daß die positive Entwicklung der Erzielung von hohen Exportüberschüssen in den Jahren 1981 - 1985 ab 1986 nicht mehr fortgesetzt werden konnte (EÜ 1985: 4,0 Mrd. VM; 1986: 0,7 Mrd. VM, 1987: 0,1 Mrd. VM, 1988: 0,4 Mrd. VM, voraussichtl. Ist 1989: ./ 0,2 Mrd. VM, Arbeitsstand der SPK 1990: 0,5 Mrd. VM). In diesen Berechnungen sind die in den Jahren 1988/1989 getätigten zusätzlichen NSW-Importe an Maschinen und Anlagen in Höhe von 6,9 Mrd. VM zur Leistungssteigerung, insbesondere der mVI, nicht enthalten, da sie erst 1991 bzw. 1995 in die Planzahlungsbilanz übernommen werden.

Die entscheidenden Ursachen für die Nichterreicherung der Exportziele bestehen insbesondere in folgendem:

- Durch das Zurückbleiben bzw. den Rückgang der produktiven Akkumulation konnten die erforderlichen Voraussetzungen für die Leistungserhöhung und Modernisierung der Volkswirtschaft sowie die Steigerung des Exports nicht geschaffen werden. (Im Fünfjahresplanzeitraum 1985 - 1990 fehlen effektiv 84 Mrd. IWP).
- Aufgrund des nicht ausreichenden Leistungswachstums, des ungenügenden wissenschaftlich-technischen Niveaus der Erzeugnisse und der fehlenden Flexibilität bei der Umstellung der Produktion auf absatzfähige und rentable Erzeugnisse stagnierte der Export der mVI auf einem Niveau von jährlich ca. 2,7 Mrd. VM (23 % des NSW-Exportes).
- Der Rückgang der Preise beim Export erdölabhängiger Produkte führte zu bedeutenden Verlusten.

- Durch ungenügende Leistungsentwicklung und die Lösung innerer Versorgungsprobleme entwickelte sich der Export der Bereiche der Leichtindustrie sowie BILI rückläufig.

- Die dem Fünfjahrplan zugrunde liegende Exportrentabilität konnte vor allem aufgrund der nicht ausreichenden Senkung des Inlandsaufwandes für die Exporterzeugnisse nicht erreicht werden.

Durch die zu geringen Valutaeinnahmen aufgrund der Nichtrealisierung der Exportaufgaben, die hohen wachsenden Zahlungsverpflichtungen für die Tilgung der Kredite, die zur Finanzierung der Importe und der Bargeldbilanz (KD) aufgenommen werden mußten sowie die hohen Zinszahlungen wurde die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR eine immer kompliziertere Aufgabe. Sie konnte nur gewährleistet werden, indem immer neue Kreditquellen an Bargeld mobilisiert wurden. Das ist mit hohen Kosten und Zinsen verbunden und führt zu einer wachsenden Vorbelastung der Zahlungsbilanz in den kommenden Jahren.

Aus dem gegenwärtigen Arbeitsstand des Planentwurfes 1990 ergibt sich folgende Lage in der Zahlungsbilanz:

- Der "Sockel" erreicht eine Höhe von ca. 49,2 Mrd. VM. Das ist ca. das 4-fache des geplanten Exportes (13,2 Mrd. VM). Dabei bestehen Forderungen von ca. 8,8 Mrd. VM, insbesondere gegenüber Entwicklungsländern, die nicht bzw. nur begrenzt realisierbar sind und andererseits Verbindlichkeiten von ca. 58 Mrd. VM gegenüber kapitalistischen Banken und Firmen.
- Der "Sockel" steigt gegenüber dem voraussichtlichen Ist 1989 um 7,4 Mrd. VM an, da der Exportüberschuß (Arbeitsstand der SPK: 0,5 Mrd. VM) bei weitem nicht ausreicht, um die Kosten und Zinsen von insgesamt 8,2 Mrd. VM auszugleichen.
- Mit den geplanten Valutaeinnahmen werden nur ca. 30 % der Valutausgaben, insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe, abgedeckt.

Demgegenüber müssen 70 % der Ausgaben durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden, d. h. auch die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen. Das bedeutet, Schulden werden durch neue Schulden bezahlt.

- Das Verhältnis der fälligen Kredittilgungen und Zinszahlungen zum Jahresexport, die sogenannte Schuldendienststrafe, erreicht eine Höhe von ca. 150 %.

Zum Vergleich: Die Schuldendienststrafe von hochverschuldeten Ländern beträgt bei Mexiko 60 % und bei Brasilien ca. 44 - 50 % (lt. Angaben der Deutschen Außenhandelsbank).

Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, daß die Schuldendienststrafe nicht mehr als 25 % betragen sollte.

Die Experten sind der Auffassung, daß die Situation prinzipielle wirtschaftspolitische Entscheidungen erfordert, die insbesondere gesehen werden in der Bereitstellung höherer Exportfonds durch Veränderung der Exportstruktur der Industrie, der Stärkung der Akkumulation in den produktiven Bereichen, Veränderungen auf dem Gebiet der Konsumtion sowie in der Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zugunsten der Exportproduktion.